

EVAL-Datenbank:

POLI61zp-TB13
POLI71-TB27
KRIE03-TB45
MILI08-TB15



Armin Weigel / dpa

Eiserne Garantien

ZEITGESCHICHTE Russlands Präsident Putin wirft dem Westen »Betrug« vor: Die Nato-Osterweiterung verstoße gegen Zusagen von 1990. Hat er recht?

Im September 1993 schrieb der russische Präsident Boris Jelzin einen langen Brief an US-Staatschef Bill Clinton. Sie würden ja ihre Meinungen offen austauschen, begann das Schreiben an den »lieben Bill«. Und dann legte Jelzin los.

Polen, Ungarn und Tschechien strebten in die Nato, zum Verdross des Kremlchefs. Natürlich könne jedes Land selbst entscheiden, welcher Allianz es angehören wolle, so Jelzin. Allerdings sehe die russische Öffentlichkeit in einer Nato-Osterweiterung eine »Neo-Isolation« Russlands, das müsse der Westen berücksichtigen. Jelzin verwies auf den Zwei-plus-Vier-Vertrag über die deutsche Einheit von 1990: »Der Geist des Vertrages schließt die Möglichkeit aus, die Nato-Zone nach Osten auszudehnen.«

Es war das erste Mal, dass die russische Seite den Vorwurf des Wortbruchs erhob; die Amerikaner wiesen ihn zurück. Ausgeräumt wurde er nie. Das hat weitreichende Folgen – bis heute. Wohl kein historisches Thema hat das Klima zwischen Moskau und dem Westen in den vergangenen drei Jahrzehnten derart vergiftet wie der Streit über die Frage, was genau 1990 vereinbart worden ist. Seit Jelzins Brief hat die Nato 14 Staaten in Ost-

und Südosteuropa aufgenommen, und immer wieder klagte der Kreml, hintergangen zu werden. Erst kürzlich schimpfte Moskaus Machthaber Wladimir Putin erneut: »Ihr habt uns schamlos betrogen.«

Längst geht es nicht nur um den Zwei-plus-Vier-Vertrag, sondern um alle Vereinbarungen nach dem Mauerfall. Damals sei »mündlich versprochen worden, die Nato nicht nach Osten auszudehnen«, sagt Putin. Und begründet mit der Vergangenheit seine aktuelle Forderung: Die Nato-Staaten mögen bitte schriftlich zusagen, dass nicht auch noch die Ukraine dem Bündnis beitrete.

Damit nicht genug der historischen Argumente: Ende Januar führte Putins Außenminister Sergej Lawrow in einem öffentlichen Brief an westliche Kollegen weitere Absprachen an. Er bezog sich auf die Europäische Sicherheitscharta, die Vereinbarungen von 1990 aufgreift. Ost und West hatten sich geeinigt, dass jeder Staat das Recht habe, sein Bündnis selbst zu wählen – und zugleich festgeschrieben, die Sicherheit aller Staaten sei »untrennbar verbunden«. Daraus wurde später sogar die Verpflichtung »Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten zu festigen«.

US-Soldaten im bayerischen Hohenfels: Immer wieder klagte der Kreml, hintergangen zu werden

Hat Putin also recht, wenn er sich durch die Nato-Osterweiterung getäuscht fühlt?

An Zeugenaussagen herrscht kein Mangel. 1990 rangen viele Politiker und hohe Beamte aus Moskau, Washington, Paris, London, Bonn, Ost-Berlin um die deutsche Einheit, um die Abrüstung der Militärbündnisse Nato und Warschauer Pakt, um eine neue Charta der KSZE (seit 1995 OSZE). Doch die Erinnerungen der Beteiligten passen nicht zusammen. Selbstverständlich sei versprochen worden, die Nato-Truppen nicht »näher an das Territorium der ehemaligen Sowjetunion heranzurücken«, erzählte später Roland Dumas, 1990 französischer Außenminister. Genau das bestritt der damalige US-Außenminister James Baker, dem wiederum eigene Diplomaten widersprachen. Der Kreml habe eine »eindeutige Zusage« bekommen, sagte etwa der seinerzeitige US-Botschafter in Moskau, James Matlock.

Besonders verwirrend sind die Versionen von Michail Gorbatschow, dem letzten Herrscher der Sowjetunion. Mal verbreitete er, Kanzler Helmut Kohl und die Amerikaner hätten ihm 1990 gesagt, »dass die Nato sich keinen Zentimeter nach Osten bewegen würde«. Dann behauptete er, über eine Ausdehnung der Nato sei »überhaupt nicht gesprochen« worden, trotzdem verstoße der Westen gegen den Geist der damaligen Vereinbarungen.

Zum Glück liegt inzwischen eine Fülle an Dokumenten aus den beteiligten Ländern vor: Gesprächsvermerke, Verhandlungsprotokolle, Berichte. Danach haben Amerikaner, Briten, Deutsche dem Kreml signalisiert, eine Nato-Mitgliedschaft von Ländern wie Polen, Ungarn oder Tschechien sei ausgeschlossen. Noch im März 1991 versicherte der britische Premier John Major bei einem Besuch in Moskau, »nichts dergleichen werde geschehen«. Jelzin zeigte sich entsprechend enttäuscht, als es dann doch dazu kam. Er stimmte der Nato-Osterweiterung zwar 1997 ausdrücklich zu, schimpfte aber, er tue das nur, weil der Westen ihn dazu zwingt.

Freilich liegt keine völkerrechtliche Vereinbarung aus der Zeit nach dem Mauerfall vor. So steht und fällt das Urteil über einen Wortbruch des Westens mit der Antwort auf die Frage, wie bindend die damaligen Aussagen von Major und anderen waren.

Begonnen hatte das Ringen um eine Nato-Osterweiterung im Januar 1990 mit einer Initiative des Bonner Außenministers Hans-Dietrich Gen-

scher. Überall in Osteuropa hatten die Menschen Moskaus Satellitenregime gestürzt, und Genscher fürchtete die Reaktion des Kreml. Er erinnerte noch gut den Ungarn-Aufstand 1956. Als ein Teil der Rebellen damals dem westlichen Bündnis beitreten wollte, hatten die Sowjets die Rebellion niedergeschlagen. Das sollte sich nicht wiederholen. Und so war er bereit, dem Kreml weit entgegenzukommen.

In einer Rede in Tutzing schlug er am 31. Januar 1990 vor, die Nato möge eine Erklärung abgeben: »Was immer im Warschauer Pakt geschieht, eine Ausdehnung des Nato-Territoriums nach Osten, das heißt näher an die Grenzen der Sowjetunion heran, wird es nicht geben.« Der Vorstoß stieß auf Zuspruch bei Briten, Amerikanern, Franzosen, Italienern. US-Kollege Baker zeigte sich zwar »nicht gerade beglückt« von der Idee, hielt sie aber für »die beste, die im Augenblick vorliegt«. Die Hauptsorge der westlichen Verbündeten galt der Frage, ob ein geeintes Deutschland in der Nato bliebe, und nicht der Zukunft der Osteuropäer, die noch Mitglieder des Warschauer Pakts waren.

So trugen Genscher und Baker Anfang Februar den Plan unabhängig voneinander in Moskau vor. Im Katharinensaal des Kreml versicherte der Deutsche: »Für uns steht fest: Die Nato wird sich nicht nach Osten ausdehnen.« Und der Amerikaner versprach »eiserne Garantien«, dass »weder die Jurisdiktion noch die Streitkräfte der Nato ostwärts verschoben werden«.

Später sagte Baker, es sei ihm nur um Deutschland gegangen. Offenbar war es den Amerikanern unangenehm, mit den Sowjets auf Kosten von Budapest und Warschau verhandelt zu haben. Auch Genscher spielte die Bedeutung des Moskauer-Besuchs herunter: Er habe die sowjetische Reaktion »austesten« wollen, mehr nicht. Bald darauf begannen die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen, die sich bis September 1990 hinzogen. Die sowjetische Seite sei auf die Frage der Nato-Expansion nicht zurückgekommen, so Genscher, damit sei das Thema erledigt gewesen.

Zweifel an diesen Versionen sind angebracht. Es war schon ab Februar 1990 kein Geheimnis, dass manche Osteuropäer langfristig mit einem Nato-Beitritt liebäugelten. Die Zeitungen berichteten davon, die sowjetische Seite sprach es gegenüber westlichen Politikern mehrfach an. Ohne Erfolg. Vom Westen gab es nur allgemeine, beruhigende Auskünfte. US-Präsident George Bush: »Wir haben nicht die Absicht, der Sowjetunion in irgendeiner Weise zu schaden.« Frankreichs Präsident Francois Mitterrand: »Ich möchte daran erinnern, dass ich persönlich es begrüßen würde, beide Militärblöcke schrittweise aufzulösen.« Später auch Nato-Generalsekretär Manfred Wörner: »Ich bin gegen eine Ausdehnung der Nato.«

Die Botschaft war klar. Sollte Gorbatschow einem geeinten Deutschland in der Nato zustimmen, würde der Westen eine europäische



Staatschefs Jelzin, Clinton in Helsinki 1997

Sicherheitsstruktur anstreben, die auf Moskaus Interessen Rücksicht nähme.

Informelle Zusagen in wichtigen Fragen waren nicht ungewöhnlich im Kalten Krieg. Der US-Politikwissenschaftler Joshua Shiffrin vergleicht die Besprechungen von 1990 mit den mündlichen Vereinbarungen zwischen Amerikanern und Sowjets, die zur Entschärfung der Kubakrise 1962 beitrugen.

Für diese Sicht spricht, dass Gorbatschow sich schon äußerst schwertat, die Nato-Mitgliedschaft des geeinten Deutschlands zu akzeptieren. Kaum vorstellbar, dass der Kremlchef einer solchen Vereinbarung zugestimmt hätte, wenn die Beteuerungen aus Bonn, London, Paris oder Washington aus seiner Sicht nur unverbindliches Gerede gewesen wären. Am Ende musste die Bundesregierung sogar einen Sonderstatus der neuen Länder hinnehmen. Streitkräfte der Nato-Partner oder anderer Staaten dürfen dort grundsätzlich nicht stationiert werden.

Angesichts der Aktenlage spekulieren manche sogar, der Westen habe die Sowjets

Nato-Osterweiterung

- Nato-Mitgliedstaaten in Europa 1989
- Neue Mitglieder nach 1989



■ Karte: OpenStreetMap

von Anfang an gezielt getäuscht. So wies Baker wenige Wochen nach seinem Kreml-Besuch Genscher ausdrücklich darauf hin, dass inzwischen einige Osteuropäer in die Nato strebten. Genscher erklärte, daran solle man »gegenwärtig nicht rühren« – was für später alle Optionen offenließ.

Auch gehörten der damaligen US-Administration einflussreiche Hardliner wie Verteidigungsminister Dick Cheney oder dessen neokonservativer Mitarbeiter Paul Wolfowitz an. Diese träumten von den USA als alleiniger Weltmacht und sahen in der Nato vor allem ein Instrument, um amerikanische Dominanz in Europa sicherzustellen. Das Interesse der Osteuropäer an einer Nato-Mitgliedschaft kam da gelegen. Die US-Regierung solle in dieser Frage »die Tür angelehnt lassen«, argumentierte das US-Verteidigungsministerium.

Solche Aussagen sprechen für Putins These vom »Betrug« des Westens, also von absichtlicher Irreführung. Und doch ist Putins Behauptung in dieser Schlichtheit falsch.

Die Neunziger waren das Jahrzehnt der guten Vorsätze und großen Illusionen – auf beiden Seiten. Gorbatschow versprach, der Kreml werde die Demokratie einführen, die Menschenrechte achten, das Selbstbestimmungsrecht der Völker respektieren. Er brachte sogar die Idee ins Spiel, die Sowjetunion könne selbst der Nato beitreten. Sein Nachfolger Jelzin gab sich ähnlich zuversichtlich: »Wir werden ein anderes Land.«

Das Imperium im Osten schien reformfähig. Und so wollten Kohl, Genscher, Bush und sein Nachfolger Clinton die Nato wirklich ändern, zu einem politischen Bündnis formen und die Interessen des Kreml ernst nehmen. Einen potenziellen Widerspruch allerdings gab es: Einerseits sollte die Sicherheit aller Staaten »untrennbar verbunden« sein und andererseits jeder Staat über seine Bündniszugehörigkeit bestimmen dürfen. Aber das schien ein theoretisches Problem zu sein.

Eine Nato-Mitgliedschaft der Polen, Ungarn, Tschechen oder Balten lehnten Clinton, Kohl und die anderen zudem jahrelang ab: zu teuer, die Demokratie dort zu instabil, das Militär zu reaktionär. Doch dann erlahmte der Reformprozess in Russland, das Misstrauen wuchs. Und die oppositionellen Republikaner entdeckten, dass sie mit dem Thema Nato-Mitgliedschaft gegen Clinton punkten konnten. Viele Amerikaner mit osteuropäischen Wurzeln lebten in wahlentscheidenden Swing States im Mittleren Westen. Clinton beschloss, das Bündnis zu erweitern.

Der Westen brach damit keinen Vertrag, doch unwohl war manchem Beteiligten schon. Jahre später sagte Genscher, formal sei das alles in Ordnung, aber man solle sich nichts vormachen. Gegen den Geist der Absprachen von 1990 verstoße man sehr wohl.

Klaus Wiegrefe

Lesen Sie auch

- Die aggressive Informationskampagne der USA | 78
- Interview mit dem finnischen Präsidenten und Putin-Kenner Niinistö | 81